Ein Brief an einen Freund / Von Hannes Stütz

„Abs nach Halle" oder Kampf gegen die Berufsverbote

Dieser Artikel erschien am 12. November 1976 in der UZ und wurde natürlich einige Tage früher verfasst.

Er richtete sich ausschließlich gegen eine, wie es heute noch heißt, **„aus Bochumer Hochschulkreisen"** geplante Konferenz zu „Gegen Berufsverbote in Ost und West", kreisend um den Liedermacher Biermann.

Am 16. November 1976, vier Tage später, druckte in der DDR das Neue Deutschland (ND) diesen Artikel mit Kürzungen nach. Das war auch der Tag, an dem der Liedermacher aus der DDR ausgebürgert wurde. Der Artikel selbst hatte damit nichts zu tun, diente aber der hiesigen, der damals westdeutschen Presse, als Beleg für das Zusammenspiel DKP – SED in dieser Frage (s. SPIEGEL Nr. 48 vom 22.11.1976).

In der Folge gab es unzählige Dokumentationen zu Biermann . In keiner dieser „Dokumentationen" werden Sie diesen Artikel, den damals angeblich so wichtigen, dann mehr finden . Aber hier ist er.

UZ 12. Novemer 1976

Ein Brief an einen Freund / Von Hannes Stütz

„Abs nach Halle“ oder Kampf gegen die Berufsverbote

Lieber Walle,

Du hast mir den Aufruf einer Initiative „Biermann nach Bochum“ zugesandt und forderst mich zur Unterschrift auf. Ich habe den Aufruf gelesen und will Dir sagen, warum ich ein solches Zeug nicht unterschreibe.

1. Der Kampf, den die Initiatoren angeblich führen, soll nicht „vor der Teilung Deutschlands“ haltmachen, wie es in ihrem Aufruf heißt. Kannst Du mir verraten, welches Deutschland hier gemeint ist ? Das in den Grenzen von 1937 ? Oder das in den Grenzen von 1940 mit dem Reichsprotektorat Böhmen und Mähren ? Und dem Generalgouvernemet Polen ? Oder bescheiden sich die Aufruferlasser mit dem Gebiet der heutigen DDR ?

Glaube nicht , ich polemisiere nur, sondern schau Dir die betreffenden Stellen des Aufrufs noch einmal an, mit welch triefender Heuchelei da vom „zerrissenen und geteilten Deutschland“ die Rede ist, ohne daß die Zerreißer und Teiler mit Namen und Hausnummer genannt werden. Im Gegenteil, einige ihrer heutigen politischen Repräsentanten zieren die Unterschriftenliste. Doch dazu später.

Mir wird speiübel, wenn ich als angeblichen Beitrag zum Kampf gegen die Berufsverbote die „Vergewaltigung der nationalen Einheit und des Selbstbestimmungsrechts des Volkes nach 1945“ beklagt sehe, wiederum ohne daß die Vergewaltiger des Selbstbestimmungsrechts beim Namen genannt werden, die nach 1945 eine antifaschistische-demokratische Ordnung in ganz Deutschland mit allen Mitteln verhindert haben. So wie hier kann dieser Satz in jedem beliebigen CSU- oder NPD-Programm stehen. Und das soll demokratisch und gar noch links sein ? Das glaubst Du doch wohl selbst nicht.

Und ist die immer wiederkehrende Zielrichtung auf „ganz Deutschland“ etwa demokratischer ? Wir haben zusammen für die Verträge demonstriert, die von Moskau, Warschau, Prag und für den von Berlin. Wir haben damit gemeinsam beigetragen zu dem heilsamen Zwang, daß eine Regierung des deutschen Monopolkapitals die Nachkriegsgrenzen – und vor allem die Existenz und die Grenzen und die Souveränität der DDR – anerkennen mußte. War das falsch ? Lag das nicht im Interesse unserer Arbeiter und Angestellten, unseres ganzen Volkes ? Willst Du das rückgängig machen ? In welche Gesellschaft begibst Du Dich damit, in

die Du nicht gehörst ?

Wer soll sich „glaubhaft“ wehren dürfen ?

2. Aus dem Aufruf der Initiative „Wolf Biermann nach Bochum“ muß ich Dir als zweites einen Satz zitieren: „Niemand kann glaubwürdig gegen die Praxis der Berufsverbote … in der BRD auftreten, ohne nicht die Verhältnisse in der DDR zu verurteilen.“ Den Satz laß Dir mal auf der Zunge – oder noch besser in Deinem sonst so gut funktionierenden Gehirn – zergehen. Die beste Voraussetzung, um glaubwürdig gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik auftreten zu können, haben demnach F.J.Strauß, Axel C. Springer, Georg Leber und wie sie alle heißen mögen. Kriegst Du bei der Vorstellung nicht auch einen Lachkrampf ?

Dabei hätten eher die genannten drei etwas zu lachen als wir beide, wenn sie den Aufruftext lesen. Denn der zitierte Satz entspricht haargenau der Praxis der Anhörungsverfahren und Berufsverbote. Ich könnte Dir zahlreiche Zitate aus Anhörungsverfahren ausbreiten, wo immer wieder eines verlangt wird: Die Verurteilung oder die Distanzierung von der DDR. Wo „Studienreisen in die DDR“, „Begleitung von Kindergruppen“ auf einer von der DKP organisierten Reise in die DDR, „am 8.September 1972 mit dem D-Zug 1095 von Bebra aus in die DDR gereist“, „an einem Treffen mit der SED-Delegation teilgenommen“ mit zur Verhängung eines Berufsverbotes herangezogen werden.

Der Unterschied liegt nur in einem Punkt: Bei den Anhörungsverfahren wird die Verurteilung der DDR als Voraussetzung verlangt, um jederzeit „glaubwürdig“ auf dem Boden dessen stehen zu dürfen, was unsere Herrschaften freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO) zu benennen pflegen. Bei den Initiatoren des Bochumer Biermann-Unternehmens wird die Verurteilung der DDR bereits zur Voraussetzung gemacht, um sich gegen Berufsverbote „glaubhaft“ wehren zu dürfen. Vor dem Kampf gegen die Berufsverbote soll der antikommunistische Kotau vor den Finanzmagnaten unseres Landes gesetzt werden.

Initiatoren der Bochumer Kampagne und ihre Motive

Bekanntlich sind aber Kommunisten die zunächst am meisten vom Berufsverbot Betroffenen. Bekanntlich sind Kommunisten aber auch keine Antikommunisten, wie schon ihr Name sagt. Wird nun deshalb zu Recht Berufsverbot über sie verhängt ? Und sollen sie sich – nach der Logik der Initiatoren der Bochumer Kampagne – nicht einmal glaubwürdig dagegen wehren ? Das heißt doch nichts anderes, als den Versuch der Herrschenden unseres Landes zu unterstützen, die Kommunisten ausserhalb der Legalität zu stellen. Und stehen erst einmal die Kommunisten ausserhalb der Legalität, folgen viele andere demokratische Gruppen nach. Das ist doch das Mindeste, was wir von 1933 zu lernen haben. Warum es die Bochumer

Initiatoren nicht gelernt haben, macht mich sehr nachdenklich über ihre Beweggründe. Würde das, was sie verlangen, praktiziert, würde das zunächst jedenfalls für die Bewegung gegen die Berufsverbote in unserem Land einen schweren Rückschlag bedeuten.

3. Ich schaue mir die Liste der Unterzeichner an und komme aus dem Staunen nicht heraus, wer sich da mit wem zusammenfindet. Mitverantwortliche für den Parteiratsbeschluß der SPD vom 14.11.1970, der die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten mit Parteiausschluß belegt, setzen unverfroren ihre Unterschrift unter die „Hoffnung auf Verwirklichung der Einheit der Arbeiterbewegung“. Einpeitscher der Notstandsgesetze signieren plötzlich „gegen jede Form der politischen Unterdrückung“. Jahrelange Aktivisten der Berufsverbotspraxis wie v. Oertzen setzen sich an die Spitze einer „Kampagne für die Freiheit der politischen Meinung und des Berufs in ganz Deutschland“.

Für mich ist hier die Grenze von Heuchelei zum Zynismus überschritten. Neben Egon Bahr, Erhard Eppler, Wilhelm Farthmann, Peter v. Oertzen, Ludwig v.Friedeburg sind es vor allem zwei Unterschriften, die meine Aufmerksamkeit erregen. Die eine von einem ehemaligen Studentenführer, der im April 1968 in Westberlin das Opfer eines durch systematische Pogromhetze herbeibeschworenen Attentats wurde: Rudi Dutschke. Die andere von dem Mann, der zu dieser Zeit bereits Regierender Bürgermeister von Westberlin fungierte: Klaus Schütz. Klaus Schütz als Vorkämpfer für die Einheit der Arbeiterbewegung. Wer findet da noch Worte ? Du wirst natürlich sagen, daß auch Du nicht wissen konntest, wer da noch alles mitunterschreibt. Aber bist Du so sicher, daß Leute wie Klaus Schütz nur mitunterzeichnet oder nicht vielmehr an dem Aufruf mitgeschrieben haben ?

4. Daß sich Berufsverbotsaktivisten der ersten Stunde dem Unternehmen Biermann unter der Flagge „Kampagne für die Freiheit der politischen Meinung und des Berufs in ganz Deutschland“ anschließen, scheint mir den Kern des ganzen Unternehmens bloßzulegen.

Das „kleinere Übel“ in Bonn und sozialdemokratische Landesregierungen haben die zweifelhafte Ehre, als Erfinder der Berufsverbote gelten zu dürfen. Als die undemokratische Berufsverbotspraxis ruchbar wurde, hat man zunächst die Existenz von Berufsverboten schlichtweg geleugnet. Nachdem das angesichts der wachsenden demokratischen Bewegung im Inland und der ausländischen Proteste nicht mehr möglich war, ließ man zugeben, daß man sich „geirrt“ habe, wohl in der Hoffnung, dieses verbale Eingeständnis undemokratischer Zustände würde zumindest die Auslandsproteste beschwichtigen. Diese Hoffnung trog. Wir sind genau an dem Punkt, wo aus dem In- und Ausland Konsequenzen aus dem Eingeständnis des „Irrtums“ verlangt und erwartet werden.

Zweifellos hat auch die Regierung Schmidt/Genscher diesen Punkt auf sich

zukommen sehen. Tatsächlich ist die reale Chance gegeben, daß die demokratische Bewegung des Inlands und die Auslandsproteste bei weiterem Anwachsen die Berufsverbotspraxis in unserem Lande vom Tisch bringen können. In dieser Situation versucht die rechte SPD-Führung ein Ausweichmanöver. Anstatt die Berufsverbotspraxis einzustellen, wird die staatliche Schnüffelei, Überwachung und ihre gesetzliche Handhabe (siehe niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz) noch ausgebaut und gleichzeitig eine „Bewegung gegen Berufsverbote in Ost und West“ initiiert oder unterstützt. Und wer, wenn nicht Biermann, könnte da als erster in die Bresche springen ?

Unternehmen in die entgegengesetzte Richtung

Jetzt kannst Du über Biermann, die DDR, die anderen sozialistischen Länder in diesem Augenblick denken, was Du willst - wir haben uns oft darüber gestritten und ich werde dabei auch nicht lockerlassen – aber diese Verkoppelung ist ausschließlich der Versuch der rechten SPD-Führer, aus dem Schneider zu kommen und die Berufsverbote weiter praktizieren zu können. Daß sie dabei die Unterstützung von Leuten bekommen, die glauben, „linke“ Politik zu machen, steht diesmal leider auf demselben Blatt – siehe Unterschriftenliste.

Außer Dir entdecke ich unter den Unterzeichnern noch manchen Freund, dessen Gesinnung ich eigentlich schätze. Das zeigt wieder einmal, wie die künstlich hergestellte moralische Entrüstung z.B. über das Problem eines Künstlers in unserem Nachbarland DDR, für alles andere als moralische Zwecke ausgenützt wird – nämlich, um Demokraten und Sozialisten hier vor den Karren der rechten SPD- und Berufsverbotspolitik zu spannen.

5. Ich finde in diesem Zusammenhang den Titel der Kampagne „Biermann nach Bochum“ recht irreführend. Mir scheint es eher um die entgegengesetzte Richtung zu gehen, etwa unter dem Titel „Abs nach Halle.“

Dafür liefert schon der Aufruftext reichlich Anhaltspunkte, in diesem Text „verstümmelt“ die CDU/CSU die Freiheit und hat im Wahlkampf mit „Freiheit statt Sozialismus“ eine „irreführende Parole“ benutzt. Der „reale Sozialismus“ hingegen „verbannt“ die Freiheit, in ihm herrscht das Prinzip der „Unfreiheit“ als Notwendigkeit. Im Klartext: Mit der CDU/CSU kann man unter Umständen… Der eigentliche Feind sind die Kommunisten, ob hier oder dort.

Ich kriege dabei das Gefühl nicht los, daß einige ganz rechte Sozialdemokraten und einige „Linke“ das Erbe der maoistischen Grüppchen in der BRD antreten wollen und jetzt schon kräftig nationalistische Demagogie, „demokratischen“ Sozialismus und schicken „linken“ Antikommunismus zu einem Leim verrühren, auf den die Leute gehen sollen.

Aber wie dem auch sei: Ich bin gegen Ostlandritter im schwarzen wie im orangefarbenen Gewande und finde, daß wir gerade jetzt allen Grund haben bei unseren gemeinsamen Aktionen zu bleiben, um die Berufsverbote wegzubringen, um Freiheit im Beruf und Demokratie im Betrieb in der Bundesrepublik durchzusetzen. Für eine Politik der guten Nachbarschaft mit der DDR einzutreten und für konkrete Abrüstungsschritte ohne Vorbedingungen in Ost und West. Ja, in Ost und West, hier hat diese Forderung einen demokratischen Nutzen. Vorschläge dazu liegen seitens der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern seit Jahren, ja bald Jahrzehnten auf dem Tisch. Hier geht es im wahrsten Sinne um eine Lebensfrage für unser Volk, für Europa und die Welt. Zahlreiche Initiativen sind im Gange, auch solche mit Unterschriftensammlungen. Die Unterschriften rechter SPD-Führer wird man darunter vergebens suchen. Zufall ?

Entlastung für die Aktivisten der Berufsverbotspraxis

Ich will zum Schluß kommen. Welche Rolle Biermann in diesem Spielchen spielt, wieweit er selbst initiativ ist oder einfach nur nützlicher Gegenstand, kann ich nicht beurteilen. Es ist auch egal. Unter dem Strich kommt in jedem Fall dasselbe heraus – ein guter Dienst für Klaus Schütz und Egon Bahr und die, in deren Diensten wiederum die beiden stehen. Da beißt die Maus keinen Faden ab, und flatterte die blutorangenfarbene Biermann-Fahne auch noch so hoch.

Genug damit. Du verstehst nach diesen Zeilen sicher, wie abwegig mir Deine Aufforderung nach meiner Unterschrift unter die Initiative „Biermann nach Bochum“ vorkommt. Vielleicht ist es mir darüber hinaus gelungen, am einen oder anderen Punkt Deine Nachdenklichkeit hervorzurufen. Mir geht es zusammenfassend, um drei zentrale Punkte:

- Mir ist natürlich überhaupt nicht egal, wie Deine Haltung zur DDR ist. Oft genug hast Du meine „Affenliebe“ zur DDR verspottet. Was Du so nennst, ist die Erkenntnis, daß die Existenz und Entwicklung der DDR der epochemachende Sprung in der neueren deutschen Geschichte ist. Klaus Schütz und Egon Bahr wissen das übrigens auf ihre Weise sehr gut. Eines nicht allzu fernen Tages wirst Du mir recht geben, weil die Zeit , wenn kein Krieg kommt, für den Sozialismus arbeitet. Darüber bin ich bereit mit Dir zu streiten bis zum Geht-nicht-Mehr – unter einer Bedingung: Unser Streit darf nicht auf Kosten unseres gemeinsamen Kampfes z.B. gegen die Berufsverbote gehen.

- Die angebliche Ausdehnung der Berufsverbotskampagne auf Ost und West ist der faulste Trick des Jahres, der die Bundesregierung um die Aufhebung der Berufsverbotspraxis herumbringen und die Bewegung gegen die Berufsverbote schwächen soll.

- Vom Auftreten Biermanns in Bochum hat keines der jetzigen und vorgesehenen Opfer der Brufsverbote auch nicht die geringste Erleichterung und Rückendeckung. Ganz im Gegenteil, es bedeutet, ihnen in den Rücken zu fallen.

Wie bisher

Dein

Hannes Stütz

(Faksimile anschließend)

Ein Brief an einen Freund / Von Hannes Stütz

„Abs nach Halle" oder Kampf gegen die Berufsverbote

Lieber Walle,

Du hast mir den Aufruf einer Initiative „Biermann nach Bochum" zugesandt und forderst mich zur Unterschrift auf. Ich habe den Aufruf gelesen und will Dir sagen, warum ich ein solches Zeug nicht unterschreibe.

1. Der Kampf, den die Initiatoren angeblich führen, soll nicht „vor der Teilung Deutschlands" haltmachen, wie es in ihrem Aufruf heißt. Kannst Du mir verraten, welches Deutschland hier gemeint ist? Das in den Grenzen von 1937? Oder das in den Grenzen von 1940 mit dem Reichsprotektorat Böhmen und Mähren? Und dem Generalgouvernement Polen? Oder bescheiden sich die Aufruferlasser zunächst mit dem Gebiet der heutigen DDR?

Glaube nicht, ich polemisiere nur, sondern schau Dir die betreffenden Stellen des Aufrufs noch einmal an, mit welch triefender Heuchelei da vom „zerrissenen und geteilten Deutschland" die Rede ist, ohne daß die Zerreißer und Teiler mit Namen und Hausnummer genannt werden, im Gegenteil, einige ihrer heutigen politischen Repräsentanten zieren die Unterschriftenliste. Doch dazu später.

Mir wird speiübel, wenn ich als angeblichen Beitrag zum Kampf gegen die Berufsverbote die „Vergewaltigung der nationalen Einheit und des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes nach 1945" beklagt sehe, wiederum ohne daß die Vergewaltiger des Selbstbestimmungsrechts beim Namen genannt werden, die nach 1945 eine antifaschistisch-demokratische Ordnung in ganz Deutschland mit allen Mitteln verhindert haben. So wie hier kann dieser Satz in jedem beliebigen CSU- oder NPD-Programm stehen. Und das soll demokratisch und gar noch links sein? Das glaubst Du doch wohl selbst nicht.

Und ist die immer wiederkehrende Behauptung, „am 8. September 1972 mit dem D-Zug 1095 von Bebra aus in die DDR gereist", „an einem Treffen mit der SED-Delegation teilgenommen" mit zur Verhängung eines Berufsverbotes herangezogen werden.

Der Unterschied liegt nur in einem Punkt: Bei den Anhörungsverfahren wird die Verurteilung der DDR als Voraussetzung verlangt, um jederzeit „glaubwürdig" auf dem Boden dessen stehen zu dürfen, was unsere Herrschaften freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO) zu benennen pflegen. Bei den Initiatoren des Bochumer Biermann-Unternehmens wird die Verurteilung der DDR bereits zur Voraussetzung gemacht, um sich gegen Berufsverbote „glaubwürdig" wehren zu dürfen. Vor den Kampf gegen die Berufsverbote soll der antikommunistische Kotau vor den Finanzmagnaten unseres Landes gesetzt werden.

Initiatoren der Bochumer Kampagne und ihre Motive

Bekanntlich sind aber Kommunisten die zunächst am meisten vom Berufsverbot Betroffenen. Bekanntlich sind Kommunisten aber auch keine Antikommunisten, wie schon ihr Name sagt. Wird nun deshalb zu Recht Berufsverbot über sie verhängt? Und sollen sie sich – nach der Logik der Initiatoren der Bochumer Kampagne – nicht einmal „glaubwürdig" dagegen wehren dürfen? Das heißt doch nichts anderes, als den Versuch der Herrschenden unseres Landes zu unterstützen, die Kommunisten außerhalb der Legalität zu stellen. Und stehen erst einmal die Kommunisten außerhalb der Legalität, folgen viele andere demokratische Gruppen nach. Das ist doch das Mindeste, was wir von 1933 zu lernen haben. Warum es die Bochumer Initiatoren nicht gelernt haben, macht mich sehr nachdenklich über ihre Beweggründe. Würde das, was sie und des Berufs in ganz Deutschland" anschließen, scheint mir den Kern des ganzen Unternehmens bloßzulegen.

Das „kleinere Übel" in Bonn und sozialdemokratisch geführte Landesregierungen haben die zweifelhafte Ehre, als Erfinder der Berufsverbote gelten zu dürfen. Als die undemokratische Berufsverbotspraxis ruchbar wurde, hat man zunächst die Existenz von Berufsverboten schlichtweg geleugnet. Nachdem das angesichts der wachsenden demokratischen Bewegung im Inland und der ausländischen Proteste nicht mehr möglich war, ließ man zugeben, daß man sich „geirrt" habe, wohl in der Hoffnung, dieses verbale Eingeständnis undemokratischer Zustände würde zumindest die Auslandsproteste beschwichtigen. Diese Hoffnung trog. Wir sind genau an dem Punkt, wo aus dem In- und Ausland Konsequenzen aus dem Eingeständnis des „Irrtums" verlangt und erwartet werden.

Zweifellos hat auch die Regierung Schmidt/Genscher diesen Punkt auf sich zukommen sehen. Tatsächlich ist die reale Chance gegeben, daß die demokratische Bewegung des Inlands und die Auslandsproteste bei weiterem Anwachsen die Berufsverbotspraxis in unserem Lande vom Tisch bringen können. In dieser Situation versucht die rechte SPD-Führung ein Ausweichmanöver. Anstatt die Berufsverbotspraxis einzustellen, wird die staatliche Schnüffelei, Überwachung und ihre gesetzliche Handhabe (siehe niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz) noch ausgebaut und gleichzeitig eine „Bewegung gegen Berufsverbote in Ost und West" initiiert oder unterstützt. Und wer, wenn nicht Biermann, könnte da als erster in die Bresche springen?

Unternehmen in die entgegengesetzte Richtung

antreten wollen und jetzt schon kräftig nationalistische Demagogie, „demokratischen" Sozialismus und schicken „linken" Antikommunismus zu einem Leim verrühren, auf den die Leute gehen sollen.

Aber wie dem auch sei: Ich bin gegen Ostlandritter im schwarzen wie im orangefarbenen Gewande und finde, daß wir gerade jetzt allen Grund haben, bei unseren gemeinsamen Aktionen zu bleiben, um die Berufsverbote wegzubringen, um Freiheit im Beruf und Demokratie im Betrieb in der Bundesrepublik durchzusetzen, für eine Politik der guten Nachbarschaft mit der DDR einzutreten und für konkrete Abrüstungsschritte ohne Vorbedingungen in Ost und West. Ja, in Ost und West, hier hat diese Forderung einen demokratischen Nutzen. Vorschläge dazu liegen seitens der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder seit Jahren, ja bald Jahrzehnten auf dem Tisch. Hier geht es im wahrsten Sinne um eine Lebensfrage für unser Volk, für Europa und die Welt. Zahlreiche Initiativen sind im Gange, auch solche mit Unterschriftensammlungen. Die Unterschriften rechter SPD-Führer wird man darunter vergebens suchen. – Zufall?

Entlastung für die Aktivisten der Berufsverbotspraxis

Ich will zum Schluß kommen. Welche Rolle Biermann in diesem Spielchen spielt, wieweit er selbst initiativ ist oder einfach nur nützlicher Gegenstand, kann ich nicht beurteilen. Es ist auch egal. Unter dem Strich kommt in jedem Fall dasselbe heraus – ein guter Dienst für Klaus Schütz und Egon Bahr und die, in deren Diensten wiederum die beiden stehen. Da beißt die Maus keinen Faden ab, und flatterte die blutorangenfarbene Biermann-Fahne auch noch so hoch.

Genug damit. Du verstehst

Der let

Seit den Ta
Père-Lacha
schäftigt si

Eine Zus

Warum

„Ge
ist

Man trif
selten an,
schichte ja
kennen,
nicht? In d
wir vor all
genwartspr
In einer B
zeitung, wo
knapp ist,
nicht auch
schichtsbeit

Also Ges
Konserve
hervorgeho
Feiertage?
Betrachtun
heit? Gesch
überflüssig
als Hilfe
kenntnis
Das sind w
gen, die s
und zur Di
dern.

Nun wird
nicht über
sagt, Aneig
te ist drin

Und ist die immer wiederkehrende Zielrichtung auf „ganz Deutschland" etwa demokratischer? Wir haben zusammen für die Verträge demonstriert, die von Moskau, Warschau, Prag, und für den von Berlin. Wir haben damit gemeinsam beigetragen zu dem heilsamen Zwang, daß eine Regierung des deutschen Monopolkapitals die Nachkriegsgrenzen – und vor allem die Existenz und die Grenzen und die Souveränität der DDR – anerkennen mußte. War das falsch? Lag das nicht im Interesse unserer Arbeiter und Angestellten, unseres ganzen Volkes? Willst Du das rückgängig machen? In welche Gesellschaft begibst Du Dich damit, in die Du nicht gehörst?

Wer soll sich „glaubhaft" wehren dürfen?

2. Aus dem Aufruf der Initiative „Wolf Biermann nach Bochum" muß ich Dir als zweites einen Satz zitieren: „Niemand kann glaubwürdig gegen die Praxis der Berufsverbote ... in der BRD auftreten, ohne nicht die Verhältnisse in der DDR zu verurteilen." Den Satz laß Dir mal auf der Zunge – oder noch besser in Deinem sonst so gut funktionierenden Gehirn – zergehen. Die beste Voraussetzung, um glaubwürdig gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik auftreten zu können, haben demnach F. J. Strauß, Axel C. Springer, Georg Leber und wie sie alle heißen mögen. Kriegst Du bei der Vorstellung nicht auch einen Lachkrampf?

Dabei hätten eher die genannten drei etwas zu lachen als wir beide, wenn sie den Aufruftext lesen. Denn der zitierte Satz entspricht haargenau der Praxis der Anhörungsverfahren und Berufsverbote. Ich könnte Dir zahlreiche Zitate aus Anhörungsverfahren ausbreiten, wo immer wieder eines verlangt wird: Die Verurteilung oder die Distanzierung von der DDR. Wo „Studienreisen in die DDR", „Begleitung von Kindergruppen auf einer von der DKP organisierten Reise in die

weggründe. Würde das, was sie verlangen, praktiziert, würde das zunächst jedenfalls für die Bewegung gegen die Berufsverbote in unserem Land einen schweren Rückschlag bedeuten.

3. Ich schaue mir die Liste der Unterzeichner an und komme aus dem Staunen nicht heraus, wer sich da mit wem zusammenfindet. Mitverantwortliche für den Parteiratsbeschluß der SPD vom 14. 11. 1970, der die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten mit Parteiausschluß belegt, setzen unverfroren ihre Unterschrift unter die „Hoffnung auf Verwirklichung der Einheit der Arbeiterbewegung". Einpeitscher der Notstandsgesetze signieren plötzlich „gegen jede Form der politischen Unterdrückung". Jahrelange Aktivisten der Berufsverbotspraxis wie v. Oertzen setzen sich an die Spitze einer „Kampagne für die Freiheit der politischen Meinung und des Berufs in ganz Deutschland".

Für mich ist hier die Grenze von Heuchelei zum Zynismus überschritten. Neben Egon Bahr, Erhard Eppler, Wilhelm Farthmann, Peter v. Oertzen, Ludwig v. Friedeburg sind es vor allem zwei Unterschriften, die meine Aufmerksamkeit erregen. Die eine von einem ehemaligen Studentenführer, der im April 1968 in Westberlin das Opfer eines durch systematische Pogromhetze herbeibeschworenen Attentats wurde: Rudi Dutschke. Die andere von dem Mann, der zu dieser Zeit bereits als Regierender Bürgermeister von Westberlin fungierte: Klaus Schütz. Klaus Schütz als Vorkämpfer für die Einheit der Arbeiterbewegung. Wer findet da noch Worte? Du wirst natürlich sagen, daß auch Du nicht wissen konntest, wer da noch alles mitunterschreibt. Aber bist Du so sicher, daß Leute wie Klaus Schütz nur mitunterzeichnet oder nicht vielmehr an dem Aufruf mitgeschrieben haben?

4. Daß sich Berufsverbotsaktivisten der ersten Stunde dem Unternehmen Biermann unter der Flagge „Kampagne für die Freiheit der politischen Meinung

Jetzt kannst Du über Biermann, die DDR, die anderen sozialistischen Länder in diesem Augenblick denken, was Du willst – wir haben uns oft darüber gestritten und ich werde dabei auch nicht lockerlassen – aber diese Verkoppelung ist ausschließlich der Versuch der rechten SPD-Führer, aus dem Schneider zu kommen und die Berufsverbote weiter praktizieren zu können. Daß sie dabei die Unterstützung von Leuten bekommen, die glauben, „linke" Politik zu machen, steht diesmal leider auf demselben Blatt – siehe Unterschriftenliste.

Außer Dir entdecke ich unter den Unterzeichnern noch manchen Freund, dessen Gesinnung ich eigentlich schätze. Das zeigt wieder einmal, wie die künstlich hergestellte moralische Entrüstung, z. B. über das Problem eines Künstlers in unserem Nachbarland DDR, für alles andere als moralische Zwecke ausgenützt wird – nämlich, um Demokraten und Sozialisten hier vor den Karren der rechten SPD- und Berufsverbotspolitik zu spannen.

5. Ich finde in diesem Zusammenhang den Titel der Kampagne „Biermann nach Bochum" recht irreführend. Mir scheint es eher um die entgegengesetzte Richtung zu gehen, etwa unter dem Titel: „Abs nach Halle."

Dafür liefert schon der Aufruftext reichlich Anhaltspunkte. In diesem Text „verstümmelt" die CDU/CSU die Freiheit und hat im Wahlkampf mit „Freiheit statt Sozialismus" eine „irreführende Parole" benutzt. Der „reale Sozialismus" hingegen „verbannt" die Freiheit, in ihm herrscht das Prinzip der „Unfreiheit als Notwendigkeit". Im Klartext: Mit der CDU/CSU kann man unter Umständen ... Der eigentliche Feind sind die Kommunisten, ob hier oder dort.

Ich kriege dabei das Gefühl nicht los, daß einige ganz rechte Sozialdemokraten und einige „Linke" das Erbe der maoistischen Grüppchen in der BRD

Genug damit. Du verstehst nach diesen Zeilen sicher, wie abwegig mir Deine Aufforderung nach meiner Unterschrift unter die Initiative „Biermann nach Bochum" vorkommt. Vielleicht ist es mir darüber hinaus gelungen, am einen oder anderen Punkt Deine Nachdenklichkeit hervorzurufen. Mir geht es, zusammenfassend, um drei zentrale Punkte:

– Mir ist es natürlich überhaupt nicht egal, wie Deine Haltung zur DDR ist. Oft genug hast Du meine „Affenliebe" zur DDR verspottet. Was Du so nennst, ist die Erkenntnis, daß die Existenz und Entwicklung der DDR der epochemachende Sprung in der neueren deutschen Geschichte ist. Klaus Schütz und Egon Bahr wissen das übrigens auf ihre Weise sehr gut. Eines nicht allzufernen Tages wirst Du mir recht geben, weil die Zeit, wenn kein Krieg kommt, für den Sozialismus arbeitet. Darüber bin ich bereit, mit Dir wie bisher zu streiten bis zum Geht-nicht-Mehr – unter einer Bedingung: Unser Streit darüber darf nicht auf Kosten unseres gemeinsamen Kampfes z. B. gegen die Berufsverbote gehen.

– Die angebliche Ausdehnung der Berufsverbotskampagne auf Ost und West ist der faulste Trick des Jahres, der die Bundesregierung um die Aufhebung der Berufsverbotspraxis herumbringen und die Bewegung gegen die Berufsverbote schwächen soll.

– Vom Auftreten Biermanns in Bochum hat keines der jetzigen und vorgesehenen Opfer der Berufsverbote auch nicht die geringste Erleichterung und Rückendeckung, ganz im Gegenteil, es bedeutet, ihnen in den Rücken zu fallen.

Wie bisher

Dein

Hannes Stütz